



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein SPD**

Maßvolle Umschichtung der Direktzahlungen in die zweite Säule – Zustimmung Bayerns zum mehrheitlichen Kompromiss der Bundesländer

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz des Bundesrats dem Kompromiss einer maßvollen Umschichtung der Direktzahlungen zugunsten der zweiten Säule in Höhe von 6 Prozent zuzustimmen.

Die dann in der zweiten Säule frei werdenden Mittel sollen künftig vermehrt in die benachteiligten Gebiete und die Agrarumweltmaßnahmen investiert werden. Weiterhin sollen die rechtlichen Voraussetzungen für eine Förderung des Tierwohls in der zweiten Säule geschaffen werden, um die mittelständischen bäuerlichen Strukturen und die Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu erhalten.

Begründung:

Der Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz des Bundesrats hat sich in seiner letzten Sitzung mit einer Mehrheit für eine Erhöhung der Umschichtung der Agrarzahlungen von bisher 4,5 auf 6 Prozent ausgesprochen. Behandelt wurde das Thema auf Antrag der Bundesländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die ursprünglich eine Umschichtung von 15 Prozent gefordert haben.

Die SPD Landtagsfraktion sah die Forderung einer Umschichtung von 15 Prozent der Mittel zum jetzigen Zeitpunkt angesichts der angespannten Lage an den Märkten als kritisch an, befürwortet jedoch eine zusätzliche maßvolle Umschichtung, um insbesondere die Förderung der benachteiligten Gebiete (z.B. die Alm- und Alpgebiete) zu intensivieren und das Angebot an Agrarumweltmaßnahmen (z.B. Schaffung neuer Förderprogramme zum Gewässer- und Klimaschutz) zu optimieren. Weiterhin müssen die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um die notwendigen Investitionen in das Tierwohl (z.B. Erhöhung der Förderung im Bereich der Umstellung der ganzjährigen Anbindehaltung) über die zweite Säule zu stärken.

Der Kompromiss der Bundesländer, die Umschichtung von derzeit 4,5 Prozent auf 6,0 Prozent anzuheben, eröffnet ab dem Jahr 2019 neue monetäre Spielräume, um die notwendigen Zukunftsausgaben zu bewältigen.